

Abstract

Ziel dieser Masterarbeit war es, am Beispiel der eingeführten Eingriffsbefugnisse zur Quellen-TKÜ risiko(straf)rechtliche Symptome zu identifizieren. Die Analyse der strafverfahrensrechtlichen und ausgewählter polizeirechtlicher Ermächtigungsgrundlage(n) für diese verdeckte Ermittlungsmaßnahme offenbarte derartige Symptome ebenso wie die damit befassten Gesetzgebungsverfahren und sachverständigen Stellungnahmen. Die Auseinandersetzung mit der Quellen-TKÜ gibt den Blick frei auf eine Entwicklung, die sich als „Verpolizeilichung“ des Strafverfahrens und „Vernachrichtendienstlichung“ des Polizeirechts betiteln lässt. Gegen die derzeitige Ausgestaltung sowie die technische Umsetzbarkeit sowohl der strafprozessualen als auch einzelner polizeirechtlicher Quellen-TKÜ-Befugnisse bestehen z.T. erhebliche (verfassungs)rechtliche Bedenken. Befürchtungen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland durch den großflächigen Einsatz dieser operativen Ermittlungsmaßnahme zu einem Überwachungsstaat entwickeln könnte, sind in absehbarer Zeit unbegründet. Zur präzisen Konturierung der Problemstellungen i.Z.m. der Quellen-TKÜ ist zunächst umfassende rechtstatsachengestützte Forschung erforderlich. Die literaturtheoretisch-kriminalistische Herangehensweise soll für alle Interessierten der dafür maßgeblichen Bezugswissenschaften lesenswert sein.

Schlüsselbegriffe

Quellen-TKÜ, Risiko(straf)recht, Verpolizeilichung, Vernachrichtendienstlichung, Gefahrenabwehr, vorverlagerte Gefahrenbegriffe, Gefahrenmanagement, staatliche Systeminfiltration